

An die
Mitglieder des Bundesrates
Leipziger Str. 3-4
10117 Berlin

Libertas & Sanitas e.V.

Jürgen Fridrich
Vorsitzender
Lindenstraße 41
56290 Sevenich
Tel.: 06762/8556
Fax: 06762/960 648

Geschäftsstelle
Wilhelm-Kopf-Straße 15
71672 Marbach

27.08.2019

**Gesetzentwurf der Bundesregierung „Masernschutzgesetz“ mit Impfpflicht
Drucksache 358/19 vom 09.08.2019
Sitzung des Gesundheitsausschusses des Bundesrates am 04.09.2019,
Tagesordnung Punkt 6**

Sehr geehrte Damen und Herren,

in ihrem Gesetzesentwurf verstößt die Bundesregierung elementar gegen verschiedene Grundrechte und ersetzt (wissenschaftliche) Tatsachen durch falsche und irreführende Behauptungen.

Dies betrifft u.a. Zensur und Treue der Wissenschaft zur Verfassung (Art. 5 GG), Beeinträchtigung der freiheitlich demokratischen Grundordnung (Art. 21 GG) und die Wahrung des Grundgesetzes (Art. 64 GG) im Amtseid.

Falsch ist z.B. die Aussage, dass es zum Gesetzesentwurf mit Impfpflicht keine gleich wirksame Alternative gäbe.

Fakt ist jedoch, dass in Mecklenburg-Vorpommern Impfraten von 2x95% für Masern bei der Schuleingangsuntersuchung schon seit 2011 und in Brandenburg seit 2015 erreicht werden - ohne Impfpflicht.

Das können Ihre Bundesrats-Mitglieder Ministerpräsidentin Frau Manuela Schwesig und deren Kollege Dietmar Woidke sicher bestätigen.

In Europa erreichen dieses Ziel auch Schweden und Portugal ohne Impfpflicht.

Die Bundesregierung unterlässt es, im Gespräch mit Vertretern dieser Länder zu klären, was dort zu diesem Erfolg führte – die Erfüllung eines Kriteriums der WHO auf dem Weg zur Eliminierung von Masern.

Ausführliche weitere Informationen finden Sie in unserer beigefügten Stellungnahme zum Gesetzesentwurf. Die Anerkennung unserer Expertise durch Impfexperten entnehmen Sie bitte den beiliegenden Kopien aus dem Berichtsband zur 4. Nationalen Impfkonzferenz (Berlin 2015).

Indem die Regierung diesen Entwurf dem Bundesrat und dem Bundestag vorlegt, führt sie deren Mitglieder in die Irre.

Deren Täuschung gefährdet die Demokratie. Rechte und Würde dieser beiden Verfassungsorgane werden untergraben, und verschiedene Grundrechte verletzt.

So wird eine verfassungsgemäße Gesetzgebung verhindert, und Bundesrat und Bundestag werden an der Kontrolle der Bundesregierung gehindert.

Das empört uns und andere Menschen zutiefst, und zwar ganz unabhängig davon, ob eine Impfpflicht eher begrüßt wird oder nicht.

Angesichts von 70 Jahren Grundgesetz und 70 Jahren Deutscher Bundestag erschüttert diese Gefährdung der demokratischen Grundordnung, weil sie von der Bundesregierung ausgeht.

In Anbetracht der bevorstehenden Wahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen fragen sich besorgte Bürgerinnen und Bürger:

Warum missachtet die Bundesregierung die Grundrechte?

Welche Folgen wird das für das Vertrauensverhältnis der Menschen in Deutschland zur Regierung haben?

Es gibt auch auf politischer Ebene ernsthafte Bemühungen, Beeinträchtigungen der Grundrechte durch extreme Vertreter von Parteien zu überwinden.

Und nun erfolgt aus der „Mitte“ der Parteienlandschaft – von der Bundesregierung selbst – auf genau diese Grundrechte.

Damit wird auch gegen Inhalt und Ziel des Art. 20 GG verstoßen:

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus ... Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Recht und Gesetz gebunden.“

Meine Damen und Herren, sehr geehrte Mitglieder des Bundesrates,

bitte weisen Sie die Bundesregierung deutlich in ihre Schranken, und machen sie deren Mitgliedern eindrücklich den Wert unserer Grundrechte klar.

Fordern Sie diese auf, ihren Gesetzesentwurf zurückzuziehen.

Bleiben Sie Ihrem Gewissen unterworfen, wie es Art. 38 GG zum Ausdruck bringt. Stellen Sie vermeintliche Partei- und Regierungsinteressen zurück.

Welches Mitglied der etablierten Parteien glaubt denn ernsthaft, dass eine solches, nicht verfassungsgemäß entstehendes Gesetz zu deren und der Demokratie Stärkung beitragen könnte?

Im Vertrauen, dass Sie sich Ihrer jetzt anstehenden Aufgabe bewusst sind, erwarte ich Ihre kurzfristige Antwort.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Fridrich

Anlagen

- Stellungnahme zum Gesetzesentwurf „Masernschutzgesetz“ der Bundesregierung
- Kopien der Seiten 230 und 232 aus dem Berichtsband der 4. Nationalen Impfkongferenz (Berlin 2015)